◆Die vier Mythen über den Sozialstaat: Adrian Klock vom Vorstand der IG Metall klärt auf. **Seite 2**

◆ Florian Töws ist der neue Jugendsekretär der IG Metall Detmold. Ein Interview auf **Seite 4**

nachdruck

WIR FÜR NRW. WIR FÜR LIPPE.

Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Nr.70 | Frühling 2026

Finger weg vom Sozialstaat!

Teile der Regierung und arbeitgebernahe Verbände wollen den Sozialstaat weiter abschmelzen und Arbeitsbedingungen verschlechtern. Die IG Metall Detmold stellt sich dagegen auf.

Die Delegierten der IG Metall Detmold verurteilen die Angriffe auf die Arbeitsbedingungen und auf den Sozialstaat »aufs Schärfste«. Die Angriffe waren Thema bei der Delegiertenversammlung im Februar 2026. Unter dem Vorwand angeblicher Sachzwänge wollen Arbeitgeberverbände und Teile der Bundesregierung das Renteneintrittsalter erhöhen, die Pflege und Gesundheitsvorsorge weiter privatisieren und den Zugang zur Grundsicherung verschärfen.

Gleichzeitig wird eine Verlängerung der zulässigen Arbeitszeit gefordert – faktisch eine Lohnkürzung durch die Hintertür – und die Selbstbestimmung bei Teilzeit in Frage gestellt. Seit einiger Zeit setzt sich die Union vehement dafür ein, Kernelemente des Arbeitsrechts aufzuweichen oder sogar abzuschaffen. Bundeskanzler Friedrich Merz posaunte Anfang des Jahres bei einem Empfang der Industrie- und Handelskammer in Sachsen-Anhalt: Wenn er ein Gesetz streichen könne, wäre es das Arbeitszeitgesetz. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche will die Lohnfortzahlung am ersten Krankheitstag streichen. In der Resolution der IG Metall Detmold heißt es zu diesen Vorhaben: »Das ist kein Reformkurs. Das ist ein Frontalangriff auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen«, und weiter: »Der Sozialstaat ist nicht zu teuer. Zu teuer ist die Ungleichheit. Während Gewinne steigen und Vermögen wachsen, sollen Beschäftigte länger arbeiten, noch mehr leisten und im Alter weniger bekommen.«

Die IG Metall Detmold definiert eine rote Linie, die da lautet: Keine Erhöhung des Renteneintrittsalters! Keine Verlängerung der Wochenarbeitszeit! Kein Druck auf Teilzeitbeschäftigte! Keine Kürzungen und Verschärfung bei Rente, Pflege, Gesundheit und Grundsicherung! und letztlich »Keine Spaltung unserer Gesellschaft!«

Teilzeit ist weder ein Luxusmodell noch Arbeitsverweigerung. Davon mal abgesehen, dass es jedem Menschen frei steht, in Teilzeit zu arbeiten, wenn der Arbeitgeber diese anbietet, ist Teilzeit für die allermeisten Kolleginnen, die meisten sind Frauen, und Kollegen eine notwendige Realität – wegen Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen oder gesundheitlicher Belastung. Wer Teilzeit pauschal als Problem darstellt oder Beschäftigte unter Druck setzt, ihre Arbeitszeit auszuweiten, greift die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben direkt an – und trifft besonders Frauen. In der Resolution heißt dazu: »Wir verteidigen das Recht auf selbstbestimmte Arbeitszeit«. Und weiter: »Wer Erwerbslose diffamiert, spaltet. Wer Beschäftigten unterstellt, sie arbeiteten zu wenig, betreibt Klassenpolitik. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen – nicht Vollzeit gegen Teilzeit, nicht Jung gegen Alt, nicht Beschäftigte gegen Erwerbslose, nicht gesund gegen krank«. Die IG Metall Detmold formuliert Forderungen:

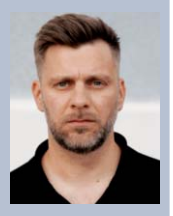
- Gerechte Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen
- Abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren sichern
- Keine Erhöhung des Renteneintrittsalters
- Keine Ausweitung der Wochenarbeitszeit
- Schutz und Ausbau selbstbestimmter Teilzeitmodelle
- Solidarische Bürgerversicherungen in Pflege und Gesundheit mit echter Parität
- Bürgergeld zu einer solidarischen Grundsicherung weiterentwickeln – weg von Sanktionen und Druck

Sozialabbau, Arbeitszeitverlängerung und Druck auf Teilzeit seien Teil derselben Strategie, die da lautet: Mehr Belastung für Beschäftigte – weniger Verantwortung für Arbeitgeber und Kapital.
Die IG Metall Detmold steht für das Gegenteil: Gute Arbeit. Gerechte Verteilung. Starker Sozialstaat.

Die IG Metall Detmold will die Ziele und Forderungen der Resolution unter der Überschrift »Offensiv Sozial« anpacken. »Arbeitgeber und interessierte Politiker versuchen, ein Klima der Angst zu erzeugen, um zu erreichen, dass die Beschäftigten diese Maßnahmen, die sich gegen sie selbst richten, abnicken oder zumindest hinnehmen. Dem werden wir uns entgegenstellen «, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold.

vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



die IG Metall Detmold geht in die Offensive. Was bedeutet, sozialen Kahlschlag zu verhindern und solidarische Lösungen wie eine Bürgerversicherung einzufordern. Entscheidend ist, dass wir das möglichst breit anpacken, als Bündnis mit den betroffenen Menschen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Die IG Metall Detmold steht nicht alleine da: Die Gesamtorganisation IG Metall ist ein Bündnis mit 14 zivilgesellschaftlichen Organisationen eingegangen, die insgesamt 20 Millionen Menschen in Deutschland repräsentieren. Vor wenigen Tagen startete das Bündnis, indem es seine Ziele vorstellte. Beteiligt sind neben der IG Metall unter anderen ver.di, der DGB insgesamt, der Mieterbund, der Sozialverband VdK, der Paritätische, Arbeiterwohlfahrt, Arbeiter-Samariter-Bund und weitere.

»Der von uns allen gemeinsam getragene, genutzte und finanzierte Sozialstaat ist ein Gewinner- und kein Auslaufmodell,« betonte Verena Bentele, VDK-Präsidentin beim Startschuss. Dem ist nur zuzustimmen. Das Leben läuft nicht immer rund – auch wem heute die Sonne aus dem Hintern scheint, kann morgen eine Bauchlandung hinlegen. Solche Risiken kann niemand alleine tragen. Dafür gibt es den Sozialstaat, der nebenbei auch noch den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Gemeinwohl mag altmodisch klingen, ist aber absolut aktuell. Denn was wir gerade erleben, ist eine weitere Bereicherung einiger weniger auf Kosten von 99 Prozent der Menschen in diesem Land. Wir müssen die Gemeinschaft stärken, füreinander eintreten, uns nicht spalten lassen und für einen guten Sozialstaat kämpfen.

Nikolaus Böttcher, IG Metall Detmold

fett-ecke

Vorsicht, privat: Die Heizer sind wieder da!

Die Bundesregierung hatte bei ihrem Antritt im vergangenen Jahr angekündigt, den Turbo anzuwerfen. Sie scheint aber vor allem damit beschäftigt, gut hörbar rumzupoltern und Menschen zu treffen. Erst waren es die Bürgergeldempfänger, dann gab es Salven Richtung Rentner und nun sich die Beschäftigten dran, die angeblich viel zu faul sind.

Dass das keine Strategie ist, die irgendjemand weiterhilft, zeigen auch die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage des Mittelstands-Branchenverbands BVMW. Knapp 64 Prozent der befragten Unternehmer glauben nicht, dass die aktuelle Bundesregierung die politischen Voraussetzungen für eine Wirtschaftswende schaffen kann. 79 Prozent können kein engagiertes Bemühen der schwarz-roten Koalition erkennen, für den Mittelstand relevante Probleme anzugehen. Rund 81 Prozent der befragten Unternehmer rechnen in diesem Jahr mit keinem Aufschwung.

Die weithin unbekannte Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung namens Gitta Connemann fällt durch abseitige Forderungen wie etwa der Abschaffung des Rechts auf Teilzeit auf. Was sich eher nach politischen Bankrott anhört. Christiane Benner, die IG Metall-Vorsitzende, ist denn auch entsetzt, findet die Debatte absurd und weist den Vorschlag mit der Teilzeit als »Steinzeitpolitik« zurück.

Aber nicht nur die Wirtschaft zweifelt, auch die Menschen im Allgemeinen sollten jeden Grund dazu haben. Ein aktuelles Beispiel mit jeder Menge sozialem Sprengstoff ist das neue Heizungsgesetz. Es handelt sich dabei um puren Populismus – der nebenbei Extraprofite für die Öl- und Gasindustrie sichert – Die Abschaffung des volkstümlich so genannten Heizungsgesetzes war Koalitionsziel – wobei das neue Gesetz kaum anders heißt und doch ganz anders gestrickt ist. »Der Heizungskeller ist wieder Privatsache«, tönte Jens Spahn, Fraktionsvorsitzender der Union, bei der Verkündung des neuen Gesetzes vor wenigen Wochen. Jetzt darf jeder wieder in den Keller bauen, was er will, egal ob Gas, Öl oder sonst was. Ab 2028 soll dem Gas Biogas beigemischt werden – sagenhafte ein Prozent. Und ab 2029 wird es spätestens auf unangenehme Weise komisch – und wer ab dann eine neue Gasheizung einbaut, muss 10 Prozent Biogas Anteil hinnehmen, welches vor allem aus der Ukraine kommen soll, weil im eigenen Land die Kapazitäten fehlen. Ukraine, da war doch was, doch nicht etwa Krieg? So wird dann der Heizungskeller wieder frei wählbar, aber ab 2029 wohl auch richtig teuer. Interessant und niederschmetternd auch, dass das Klima keine Rolle mehr spielt. Gerechnet wird bis 2030 – ohne die alte, nun abgeschaffte 65-Prozent-Vorgabe erneuerbarer Energien bei neuen Heizungen – damit, dass dadurch im Gebäudesektor der Co2-Ausstoß um mindestens 15 Millionen Tonnen steigen wird. Da ist es absurd, dass Kai Warnecke, Vorsitzender des Eigentümerverbandes Haus und Grund davon spricht, dass die Abschaffung kein Rückschritt beim Klimaschutz sei, im Gegenteil.

Und noch einen Haken gibt es, der gut zu Haus und Grund passt. Gerade in Städten gibt es einen hohen Mietanteil, 53 Prozent der Menschen in Deutschland wohnen zur Miete. Mieter können überhaupt gar nichts im Heizungskeller bestimmen, sie haben überhaupt keinen. Der Vermieter gibt vor, wie geheizt und Warmwasser erzeugt wird. Im Zweifel ist der Mieter der Dumme und muss zahlen. Auch aus dieser Perspektive ist der Satz von Jens Spahn kollektiver sozialer Unfug. Andere Länder in Europa sind viel weiter, in Deutschland erlaubt es die Regierung, den fossilen Großfirmen, auch in den nächsten Jahren Kohle zu scheffeln.

Vier Mythen über den Sozialstaat

Adrian Klock vom IG Metall Vorstand widerlegte bei der Delegiertenversammlung der IG Metall Detmold im Februar einige der Mythen, die gerade über den Sozialstaat in Umlauf gebracht werden, verbunden mit dem Ziel, ihn auszuhöhlen.

»Was aktuell über den Sozialstaat behauptet wird, ist an vielen Stellen nicht richtig. Der Sozialstaat ist vielmehr ein wesentliches Fundament für die Gesellschaftr, insbesondere in Zeiten von ökonomischen Unsicherheitent«, sagt Adrian Klock, der beim Vorstand der IG Metall im Ressort Allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik arbeitet. Er benennt vier Mythen, die gerade von denjenigen, die den Sozialstaat verkleinern und die Gewinne weiter vergrößern wollen, in Umlauf gebracht werden.

Punkt für Punkt widerlegbar: Adrian Klock schaut sich bei der Delegiertenversammlung die Vorschläge zum Abbau des Sozialstaats an.

Mythos 1 »Der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar«

»Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar«, behauptet Bundeskanzler Friedrich Merz. Doch die Statistik widerlegt ihn: Die Sozialleistungsquote – die Summe aller Sozialleistungen in Prozent des Bruttoinlandproduktes zeigt seit rund zwanzig Jahres ein ähnliches Niveau zwischen 26 und 32 Prozent. Irgendwas zwischen jedem vierten und jedem dritten Euro, der erwirtschaftet wird, fließt damit in den Sozialstaat.

»Von explodierenden Kosten kann also überhaupt keine Rede sein«, sagt Adrian Klock. »Falschbehauptungen über explodierende Kosten der Sozialsystem dienen dazu, Leistungskürzungen zu Lasten von Beschäftigten und Menschen, die fundamental auf Sozialleistungen angewiesen sind, zu legitimieren«.

Die IG Metall hingegen fordert:

- Faire Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen
- Solidarischer Mix aus Steuern und Beiträgen.
- Keine (weitere) Privatisierung sozialstaatlicher Leistungen.
- Weitere Reformen der Schuldenbremse (auch) zur Investition in soziale Infrastruktur.

Mythos 2: »Das Renteneintrittsalter muss erhöht werden«

»Der demografische Wandel und die weiter steigende Lebenserwartung machen es unumgänglich: Die Lebensarbeitszeit muss steigen«, sagte Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen. Der demografische Wandel in der Zukunft ist zwar wahrscheinlich, aber keineswegs sicher. Er beruht auf Prognosen.

Glücklicherweise steigt die Lebenserwartung über Jahrzehnte gesehen tatsächlich. Bei Geburt hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung bis zur Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts sehr schnell vollzogen. In diesem Jahrtausend hingegen ist kaum noch eine positive Entwicklung für Deutschland zu sehen: Aktuell liegt sie bei 78,5 Jahren bei Männern und 83,2 Jahren bei Frauen, 2010 waren es 77,6 Jahre bei Männern und 82,8 Jahre bei Frauen.

Studien und Statistiken belegen zudem ganz eindeutig, dass die Lebenserwartung sehr stark vom Beruf und Einkommen abhängt. Wer schwer, dreischichtig und dreckig arbeiten muss und dabei auch noch vergleichsweise wenig verdient, stirbt eher. »Wer körperlich oder psychisch stark belastet ist, wird doppelt bestraft – durch kürzere Lebenserwartung und geringere Renten«, sagt Adrian Klock. Wer sich für die Anhebung des Renteneintrittsalters ausspreche, sei nur an einer Rentenkürzung interessiert.

Die IG Metall fordert:

- Keine Erhöhung des Renteneintrittsalters – stattdessen gesicherte und flexible Altersübergänge.
- Fortbestand der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren
- Altersgerechte Arbeitsplätze, die der besonderen Situation älterer Beschäftigter gerecht werden, und alternsgerechte Arbeitsplätze, die über das gesamte Erwerbsleben ein möglichst gesundes Älterwerden ermöglichen.

Mythos 3: »Die Leute können selbst für ihre Pflege aufkommen«

»Die Pflegeversicherung war als Teilversicherung konzipiert, aber die Politik hat viele Leistungen draufgepackt. (...) Es droht keine massive Verarmung durch Pflege. Eine Vollversicherung ist nicht nötig«, behauptet der Wirtschaftsweise Martin Werding in einem Interview mit dem Stern.

Die Wirklichkeit sieht vollkommen anders aus. 3.542 Euro sind im ersten Jahr einer Pflege im Schnitt fällig, und zwar pro Monat, in Nordrhein-Westfalen sogar 3.869 Euro. Durch unzulängliche finanzielle Anpassungen kostet ein Pflegeheimplatz heute rund das doppelte einer durchschnittlichen Rente. Das ist eine dramatische Entwicklung und wird zunehmend zum Armutsrisiko für viele Menschen: »Dass immer mehr Menschen im letzten Lebensabschnitt auf Sozialhilfe angewiesen sind, ist ein sozialpolitischer Skandal. Im Bereich der Pflegeversicherung sind dringend Reformen angezeigt«, sagt Adrian Klock.

Die IG Metall fordert:

- die Einführung einer Pflegebürgervollversicherung, die endlich eine armutsfeste Absicherung des Pflegerisikos Realität werden lässt, in die alle einzahlen und die alle pflegebedingten Kosten übernimmt.
- eine echte Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige analog des Elterngeldes.

Mythos 4: »Das Gesundheitssystem ist unbezahlbar, weil die Menschen zu oft zum Arzt gehen«

»Wir schlagen eine Kontaktgebühr vor, die für jeden Arztbesuch fällig wird. (...) Unnütze Arztbesuche verteuern das System«, findet Peter Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in einem Podcast mit Politico.

Eine Praxisgebühr hatten wir schon mal: Sie hat keine finanziellen Ersparnisse gebracht, vielmehr eine Mehrbelastung für die Mitarbeitenden in Praxen. Sie hindert ärmere Menschen daran, zum Arzt zu gehen, wenn Hilfe nötig ist. »Der Finanzdruck im Gesundheitssystem ist seit Jahren ungebrochen hoch. Die Politik hat die nötigen Reformen in den vergangenen Jahren nicht angepackt«, sagt Adrian Klock. »Den Preis dafür haben vor allem Beschäftigte gezahlt, durch immer höhere Zusatzbeiträge, mehr private Zuzahlungen oder gar Leistungskürzungen – ohne ein besseres Gesundheitssystem zu bekommen«. Alles, was Beschäftigte extra zahlen, bedeutet für Arbeitgeber, dass sie sich nicht daran beteiligen müssen.

Die IG Metall fordert:

- die Einführung einer Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und die mit verbreiteter Finanzierungsbasis Finanzierungsgerechtigkeit verwirklichen und Leistungsausbau verbinden kann.
- Eine echte Parität, also keine einseitigen Zuzahlungen und weiteres für Beschäftigte mehr.

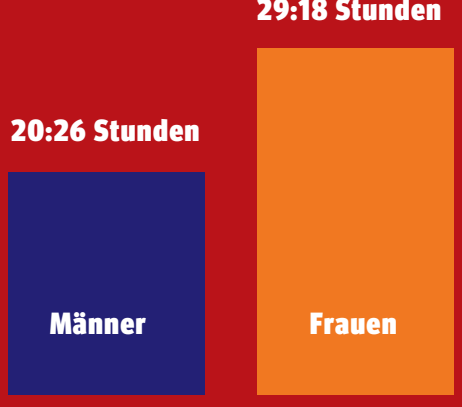
➨ www.igmetall.de/aktive/politik-und-gesellschaft/soziale-absicherung/material-sozialstaatsoffensive

1. Mai: »Erst unsere Jobs, dann eure Profite«

»Erst unsere Jobs, dann eure Profite«, ist das diesjährige Motto der DGB-Gewerkschaften zum Tag der Arbeit. »Seit zwei Jahren erleben wir eine Wirtschaftskrise, die Zehntausende Industriearbeitsplätze kostet. Doch die Verantwortung dafür liegt nicht bei denen, die jeden Tag ihre Arbeit machen«, heißt es im zentralen Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Und weiter: »Tag für Tag erleben wir Angriffe auf hart erkämpfte Rechte – auf den 8-Stunden-Tag, auf Lohnfortzahlung, auf soziale Sicherheit. Und immer wieder dieselbe falsche Behauptung: Die Löhne seien zu hoch.«

In Detmold startet der 1. Mai traditionell um 11 Uhr auf dem Kronenplatz. Von dort geht es als Demonstration zum Marktplatz, wo ab 12 Uhr die Mai-Kundgebung der DGB-Gewerkschaften stattfinden wird.

Alles beim Alten?



Gender Care Gap
Anzahl der Wochenstunden, die für unbezahlte Arbeit eingesetzt werden. Zahlen für 2022.
Personen ab 18 Jahren, in Stunden pro Woche.
Quelle: Zeitverwendungserhebung, Statistisches Bundesamt

Am 8. März war Internationaler Frauentag. Auch im Kreis Lippe gingen wie überall Frauen auf die Straße, um für ihre Rechte zu streiten. Obwohl es viele Fortschritte gibt, verdienen Frauen bis heute weniger. Und: Sie tragen nach wie vor den Großteil der unbezahlten Arbeit. Frauen, ob erwerbstätig oder nicht, stemmen immer noch den Löwenanteil an Kinderbetreuung, Pflege von Familienangehörigen und der Hausarbeit. Insgesamt arbeiten Frauen in Teilzeit durchschnittlich zehn Stunden länger in der Woche als Männer in Teilzeit – bei Frauen sind es 53 Stunden, bei Männern: 43 Stunden. Dies liegt an dem hohen Gender Care Gap, die Schere zwischen den Geschlechtern bei der unbezahlten Arbeit. Während Männer in Teilzeit nur eine halbe Stunde mehr in ihrem Job arbeiten als Frauen in Teilzeit, verbringen sie deutlich weniger Zeit mit unbezahlter Arbeit – nämlich zehn Stunden weniger. Aber auch bei einer Vollzeitbeschäftigung arbeiten Frauen insgesamt im Durchschnitt etwas länger als Männer – etwa 40 Minuten mehr. Auch hier besteht ein Gender Care Gap von drei Stunden.

Es bleibt schlecht

Die Automobilindustrie in Deutschland weiß nicht, wo es langgeht. Die Zulieferer leiden. Insgesamt geht es der lippischen Kunststoffindustrie nicht gut. Wenig hilfreich ist, dass von der Bundesregierung keine förderliche Wirtschaftspolitik kommt.

Bei **Coko** ist die Auftragslage unverändert bescheiden. Neue Projekte sind in der Pipeline, aber noch nicht bestätigt. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass das Umsatzniveau des vergangenen Jahres gehalten werden kann. »Die Bundesregierung geht ja zudem davon aus, dass die Konjunktur ab dem Sommer 2026 wieder anspringt. Das wird schon seit zwei, drei Jahren behauptet, ohne dass etwas passiert wäre«, sagt Martin Brummermann, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Coko in Bad Salzuflen. Der aktuelle Iran-Krieg jedenfalls sorgt für gestiegene Öl-Preise, was sich wiederum insgesamt negativ auf die Konjunktur auswirkt, besonders aber auch die Kunststoffindustrie trifft, weil das Kunststoffgranulat nun mal aus Öl gewonnen wird.

Bei Coko arbeiten noch rund 470 Beschäftigte. Arbeitsplätze durch Übertritt in die Rente oder durch Verlassen des Unternehmens werden nicht wieder neu besetzt, außer es ist zwingend notwendig, etwa bei der IT-Leitung. So werden es langsam, aber stetig weniger Beschäftigte, die bei Coko arbeiten. Betriebsbedingte Kündigungen sind allerdings durch den laufenden Ergänzungstarifvertrag bis 2030 ausgeschlossen.

Überstunden fallen keine an, im Gegenteil gibt es im Bereich der Werkzeugentstehung Kurzarbeit. Keine neuen Projekte bedeuten auch keinen Bedarf an neuen Werkzeugen.

Der Beirat, der die Bestimmungen des Ergänzungstarifvertrages überwachen soll, hat inzwischen seine Arbeit aufgenommen. Ihm gehören drei Vertreter der IG Metall und drei des Arbeitgebers an.

Probeweise für vier Wochen wird in den Stoßzeiten in der Kommissionierung, Verladung und Versand mehr Personal möglich sein. Dies regelt eine gerade getroffene Ergänzung einer Betriebsvereinbarung.

Weiter offen ist die Betriebsvereinbarung zum Thema Urlaub. Eine Arbeitsgemeinschaft mit insgesamt acht Beteiligten – Leiter des Supplied Change Management, Teamleiter aus der Fertigung, Montage und Controlling und Betriebsräte – sammeln gerade Ideen zum Thema Flexibilisierung der Arbeitszeit. Dazu gehören aus Sicht des Arbeitgebers die Ausweitung der Fertigungszeiten und der Rufbereitschaft. »Der Manteltarifvertrag setzt da aber zum Schutz der Beschäftigten klare Grenzen«, sagt Martin Brummermann.

Die Betriebsratswahlen wurden durchgeführt, Anfang März kam der neu gewählte Betriebsrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. In das elfköpfige Gremium sind vier Kollegen neu gewählt worden, zwei Kollegen aus dem alten Betriebsrat hatten sich nicht mehr zur Wahl gestellt. Insgesamt gab es 24 Kandidaten. In seiner ersten Sitzung wählte der Betriebsrat Waldemar Kloos zum Vorsitzenden und Martin Brummermann zum Stellvertreter. »Uns trennen rund 20 Jahre, so dass man von einem Generationswechsel an der Spitze sprechen kann«, sagt Martin Brummermann.

Eher still und leise ist Coko 100 Jahre geworden. Eine Betriebsfeier gab es nicht, vielleicht kommt in diesem Jahr ja noch was. Gegründet wurde das Unternehmen am 18. Februar 1926 in Kassel von Conrad Koch. Dessen Anfangsbuchstaben zusammengenommen ergibt »Coko«. 1941 im Krieg wechselte das Unternehmen den Standort ins vom Nationalsozialismus besetzte Metz in Frankreich. Nach dem Krieg ging es nach Schöttmar, offenbar konnte der Kreis oder die Gemeinde mit günstigen, freien Flächen werben. In den Bad Salzuflener Stadtteil Holzhausen und damit an den heutigen Standort ging es in 1980er Jahren.

Bei **Oskar Lehmann** in Blomberg Donop ist die Auftragslage unverändert schlecht. Es kommt immer wieder zu Kurzarbeit. Der Betriebsrat hat der Kurzarbeit bis Ende Juni 2026 zugestimmt. Zudem hat der Arbeitgeber bei der vergangenen Betriebsversammlung »personelle Maßnahmen« angekündigt, dem Betriebsrat waren bis Redaktionsschluß noch keine Details bekannt. Praktisch hat der Arbeitgeber damit weiteren Personalabbau angekündigt. Aktuell arbeiten bei Oskar Lehmann 182 Kolleginnen und Kollegen, die Zahl nimmt stetig leicht ab. 17 junge Menschen werden ausgebildet.

Ende März, Anfang April wird im Unternehmen ein neues ERP-System eingeführt. Im Wesentlichen ist »Enterprise Resource Planning« (ERP) ein softwaregestütztes System, mit dem Oskar Lehmann Prozesse weiter verschlanken will. Das System bietet da einen Überblick und Vergleichbarkeit der einzelnen Bereiche. Für den Zeitraum ist in einigen Teilen des Unternehmens Betriebsruhe angeordnet. Dann wird eine Inventur durchgeführt damit die genauen Zahlen im neuen System übernommen werden können und um die ersten Kollegen auf das neue System zu schulen.

Im selben Zeitraum sollen auch die Halle 3 und Halle 4 zusammengelegt werden um die Auslastung der Halle 4 zu erhöhen und die Instandhaltungskosten der Halle 3 zu sparen.

Die Betriebsratswahl bei Oskar Lehmann findet am 24. März 2026 statt.

Bei **Ninkaplast** in Bad Salzuflen arbeiten aktuell rund 280 Beschäftigte und damit zehn weniger als noch vor drei Monaten. Hinzukommen kommen schwankend zwischen fünf und zehn Leiharbeitnehmer, um krankheitsbedingte Ausfälle auszugleichen. 12 junge Menschen werden ausgebildet. Für den Start des nächsten Ausbildungsjahrgangs im Spätsommer sind bislang offenbar noch keine neuen Auszubildenden vertraglich gebunden worden.

Der Betriebsrat bezeichnet die Auftragslage als schlecht. Entsprechend wird von montags bis freitags gearbeitet, Überstunden fallen keine an. Betriebsvereinbarungen werden aktuell keine verhandelt. Betriebsratswahlen bei Ninkaplast finden am 19. März 2026 statt.

Bei **›Kingspan Light + Air GmbH‹** in Bad Salzuflen berichtet der Betriebsrat von einer mauen Auftragslage. Allerdings sind die Wintermonate Januar und Februar traditionell schwächer, so richtig los geht es dann ab April. Folgen hat die Flaute dennoch: In der Produktion wurde die wöchentliche Arbeitszeit auf 29 Stunden runtergefahren, die Stunden wurden aus den Arbeitszeitkonten genommen oder wurden ins Minus gefahren. In Teilbereichen und in der Verwaltung insgesamt werden inzwischen wieder 37 Stunden gearbeitet.

Wie in anderen Unternehmen der Kunststoffindustrie auch, wird aktuell Beschäftigung abgebaut, indem Stellen nicht wieder nachbesetzt werden. Das gilt sowohl für die Produktion wie auch für den indirekten Bereich. Zum Teil werden auch Aufhebungsverträge geschlossen, befristete Verträge lässt die Personalabteilung auslaufen. Kündigungen gibt es keine. Wechsel gibt es auch an der Unternehmensspitze in Bad Salzuflen: Ein Geschäftsführer hat aufgehört, ein neuer ist noch nicht benannt. Zudem wurde mit Rainer Hansjürgens ein Operations Director benannt, der sich ausschließlich darum kümmern soll, dass die Produktion gut läuft.

»Seit rund zwei Jahren wird umgezogen. Der nächste Umzug ist schon angekündigt. Das wirkt planlos, scheint gar nichts zu bringen und belastet die Kolleginnen und Kollegen enorm«, sagt Halil Annac, der Betriebsratsvorsitzende. »Was wir brauchen, ist eine Strategie und Verlässlichkeit in den Abläufen und nicht ständige Veränderungen«.

Weiterhin ärgerlich findet der Betriebsrat die Ankündigung der Geschäftsführung, 2026 nicht neu auszubilden. Der Betriebsrat hat dringend angemahnt, noch mal darüber nachzudenken. Aber da die Bewerbungen längst laufen würden, wird da nichts mehr passieren für den eigentlichen Ausbildungsstart im Spätsommer 2026.

Abgeschlossen haben Geschäftsführung und Betriebsrat bereits eine Betriebsvereinbarung zur Allgemeinen Gefährdungsbeurteilung, es fehlt allerdings weiterhin der Abschluß einer Betriebsvereinbarung zur Gefährdungsbeurteilung Psychische Belastung. Offen ist noch eine Betriebsvereinbarung zum Thema Arbeitszeit.

Am 31. März 2026 finden bei Kingspan in Bad Salzuflen die Betriebsratswahlen statt. Zur Wahl treten zwei Listen an, eine davon ist die Liste 2 »Gemeinsam in die Zukunft«. Der Betriebsrat umfasst insgesamt neun Sitze.

Lage der kunststoffverarbeitenden Industrie deutschlandweit

Die Umsätze der Kunststoff verarbeitenden Industrie in Deutschland beliefen sich 2025 nach Angaben des Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) auf 68,2 Milliarden Euro, eine große Zahl. Der Exportanteil betrug 43 Prozent, 1,8 Prozent weniger als 2024. Dieser Trend dürfte sich bislang in 2026 fortsetzen, auch wenn dazu noch keine Zahlen vorliegen. Und er zeigt, dass die lippische Kunststoffindustrie mit ihren Problemen nicht alleine da steht.
Die Zahl der Beschäftigten des Industriezweigs in 2025 ging um 5.600 auf rund 307.000 Beschäftigte zurück, ein Minus von ebenfalls 1,8 Prozent.

Der GKV benennt einen »tiefgreifenden Bürokratieabbau« und »Sozialstaatsreformen zur Dämpfung der Lohnnebenkosten« als dringlich an. Deutschland brauche einen wirksamen Schutzwall gegen die Bürokratieflut aus Brüssel, fordert die Verbandspräsidentin Helen Fürst.

Weiterhin kritisierte sie eine mangelhafte Arbeitsmoral und die fehlende Wirtschaftskompetenz in der Politik. Die Verbandspräsidentin ruft zu mehr Arbeit auf: »Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt!«, müsse die »unmissverständliche Botschaft dieses Jahres sein«. Das klingt in den Ohren der Beschäftigten wie ein Hohn, waren die vergangene Jahre doch von weiterer Arbeitsverdichtung oder, wenn es schlecht läuft, von Kurzarbeit geprägt. Und gesenkte Lohnnebenkosten bedeuten weitere Löcher im sozialen Netz – etwas, das niemand, der von Erwerbslosigkeit bedroht ist, gebrauchen kann.

Was die GKV interessanterweise erwähnt: Trotz Wirtschaftskrise und Stellenabbau sei der Mangel an technischen Nachwuchskräften weiter hoch.

Betriebsrat: Demokratie stärken, eigene Rechte stärken, wählen gehen

In einigen Betrieben der lippischen Kunststoffindustrie wurde bereits gewählt, in anderen stehen die Wahlen noch an. »Betriebsratswahlen gehören zu den wichtigsten demokratischen Wahlen in Deutschland«, erklärt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold. »Sie machen Demokratie am Arbeitsplatz konkret erlebbar. Beschäftigte wählen ihre Interessenvertreterinnen und -vertreter aus der eigenen Mitte – mit gesetzlich verankerten Rechten und Pflichten«. In den meisten Betrieben kommt es zur Persönlichkeitswahl, immer dann, wenn sich nicht konkurrierende Listen aufstellen. »Wichtig ist es, einen starken Betriebsrat zu wählen, der die Interessen der Beschäftigten – gute Arbeitsbedinungen und Beschäftigungssicherheit – auch tatsächlich vertritt«, fügt Daniel Salewski an. Betriebsräte sind dann gut, wenn sie eindeutig die Interessen der Belegschaft vertreten, am besten in Zusammenarbeit mit der IG Metall, die als Gewerkschaft die Tarifverträge für die lippische Kunststoffindustrie schließt. »Niemand sollte sich täuschen lassen von Listen, die nur vorgeben, eure Interessen zu vertreten, in Wirklichkeit aber auf der Seite der Geschäftsführung und der Unternehmenseigner stehen. Wer denkt, dass dadurch sein eigener Arbeitsplatz sicherer wird, hat sich ins eigene Fleisch geschnitten. Das Gegenteil ist der Fall: Ohne Gegenpol würde ein solcher Betriebsrat alles durchwinken, was der Unternehmensseite wichtig ist«. Eine wie bei Kingspan zur Wahl antretende Liste mit einem stellvertretenden Personalchef erscheint da höchst bedenklich.

Man muss mit der Jugend reden statt über sie

Florian Töws ist der neue Jugendsekretär der IG Metall Detmold. Gelernt hat er Elektroniker bei BST. Zunächst einmal will er in die Betriebe schauen, möglichst viele junge Menschen dort kennenlernen und sie davon überzeugen, sich zu organisieren.

Florian bleibt. Zumindest der Vorname. Denn der bisherige Jugendsekretär Florian Gierke ist zur Geschäftsstelle Alfeld-Hameln-Hildesheim gewechselt. Seit 1. November 2025 ist nun Florian Töws der Neue bei der IG Metall Detmold mit dem Schwerpunkt Jugend.

Florian Töws reist zwar gerne, aber wirklich weg hat es ihn nie aus Lippe gezogen. In seiner Freizeit wandert er gerne durchs schöne Lipperland. Geboren in Detmold, lebt der 31-Jährige inzwischen in Lage. Er selbst bezeichnet sich als »Ur-Lipper«. Deswegen ist er nun auch dort, wo er ankommen wollte: Bei der IG Metall Detmold.

Herzlich willkommen, lieber Florian. Als Lipper hast Du Deine Ausbildung doch bestimmt auch in Lippe gemacht.

Genau, und zwar bei BST eltromat in Leopoldshöhe. Keine kleine Bude, sondern ein Betrieb mit knapp 350 Beschäftigten. Hergestellt werden dort vor allem qualitätssichernde Systeme für die Druckindustrie, inzwischen auch im Bereich E-Mobilität. Qualitätssicherung wiederum bedeutet vor allem kamerabasierte Systeme. Das sind automatisierte Prozesse, bei denen die Kamera beispielsweise schaut, ob die Farben stimmen oder ob es Fehler gibt.

Die Druckereien werden immer weniger.

Deswegen hat sich die Firma auch auf E-Mobilität ausgeweitet. Auch wenn Druckerzeugnisse wie Zeitungen und Zeitschriften in den vergangenen Jahrzehnten enorm abgenommen haben, bedruckte Verpackungen werden weiterhin benötigt.

Was hast Du dort gelernt?

Elektroniker für Geräte und Systeme. Nach der Ausbildung wurde ich übernommen und arbeitete zunächst als Servicetechniker, die letzten vier, fünf Jahre war ich im Büro und habe die Einsätze der Servicekräfte koordiniert, praktisch ein Bindeglied zwischen Betrieb und Kunden.

Und warum nun der Wechsel zur IG Metall als Hauptamtlicher?

Da würde ich gerne weiter vorne beginnen, nämlich mit dem Start meiner Ausbildung 2015. Damals hatte ich einen engagierten Ausbilder, der uns die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ans Herz legte. Und genau zu Beginn meiner Ausbildung ging eine Tarifbewegung bei BST zu Ende. Die hatte das Ziel, nach der Fusion von BST und eltromat, die gleiche Tarifbindung für den Standort Leopoldshöhe zu erzielen. Das gelang, zunächst für alle Neueingestellten und binnen eines Jahres für alle Kolleginnen und Kollegen. Wir als frische Azubis waren auch Neueingestellte, nun galt für uns die 35-Stunden-Woche und wir erhielten paradoxerweise mehr Ausbildungsvergütung als das zweite Lehrjahr, zumindest solange, bis der Tarifvertrag für alle galt. Damals war ich schwer beeindruckt, dachte nach und schon nach der ersten Woche bei BST war ich IG Metall-Mitglied. Zur nächsten JAV-Wahl kandidierte ich und wurde prompt zum JAV-Vorsitzenden gewählt.

Bei BST war ich zufrieden, aber ich habe mich dort nicht auf Dauer gesehen. Ein Nine-to-Five Job macht mich einfach nicht glücklich. Ich will gestalten, gesellschaftlich eingreifen, dort, wo möglich, für Gerechtigkeit sorgen.

Du bist jetzt vier Monate in der Geschäftsstelle beschäftigt. Was ist Dein Eindruck, kannst Du was bewegen?

Definitiv, und zwar auf verschiedenen Ebenen. Ich bin jetzt zum Beispiel im Berufsbildungsausschuss in Lippe, da lerne ich die Sicht der Arbeitgeber und damit der Ausbildungsseite kennen. Auch dort muss unser Standpunkt klar formuliert werden, die Arbeitgeber haben eine Verantwortung, der sie nachkommen müssen. In Lippe ist die Ausbildungsquote von 2024 auf 2025 um 14 Prozent gesunken, vor allem in Industrie und Handel. Deutlich weniger Unternehmen in Lippe bilden aus. Ich will das Gegenteil, die Zahlen sollen wieder nach oben. Auf längere Sicht zu denken, bedeutet eben, den Fachkräftemangel der kommenden Jahre zu sehen. Also aus unternehmerischer Sicht in die Zukunft zu investieren und die eigenen Fachkräfte auszubilden. Zunehmend schauen Unternehmen aber nur noch auf die aktuellen Zahlen. Die sehen zwar teilweise schlecht aus, rechtfertigten jedoch nicht, weniger oder gar nicht mehr auszubilden.

Und ich schaue in die Betriebe, will möglichst viele kennenlernen und mit den jungen Kolleginnen und Kollegen in Kontakt kommen. Ich will sie überzeugen, dass es extrem wichtig ist, sich im Betrieb zu organisieren und eine Jugend- und Auszubildendenvertretung zu wählen.

Zum Glück haben wir in Lippe einen aktiven Ortsjugendausschuss mit einem Kern von zehn aktiven jungen Menschen. Wir wollen aber noch mehr werden und noch sichtbarer. Am 21. März, anlässlich des Internationalen Tag gegen Rassismus, wollen wir durch Detmold ziehen und die Stolpersteine putzen. Sie liegen vor Häusern im Pflaster, um daran zu erinnern, dass dort vorwiegend jüdische Menschen lebten, die von den Nationalsozialisten deportiert und ermordet wurden.

Allgemein wird viel über die Jugend geschimpft. Doch das sind oftmals Vorurteile. Man muss mit der Jugend ins Gespräch kommen, mit ihnen reden, statt über sie.

Kräuterbaguette ganz einfach

Gut, das Baguette musst Du schon noch kaufen, außer Du willst es backen, aber dann dauert es. Für den schnellen Hunger kannst Du das Baguette mit am besten zimmerwarmer Butter bestreichen, eine Knoblauchzehe zerdrücken und darauf verteilen, gehackte Kräuter, frisch oder um diese Jahreszeit wahrscheinlich auch getrocknet. Salz und Pfeffer gehören auch dazu. Wer will, kann das Baguette noch einige Minuten im Backofen bei rund 200 Grad erhitzen. Dazu wäre es gut, die Kräuterbutter nicht aufzutragen, sondern das Baguette alle drei Zentimeter nur anzuschneiden und in die Falten dann die Kräuterbuttermischung einzustreichen.

Impressum

›Nachdruck‹
Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Redaktion: Halil Annac, Nikolaus Böttcher, Martin Brummermann, Marcel Gerdt, Esin Kocaaga, Dajana Nüsse-Klamann

Fotos: S1. und S2. IG Metall S2. links DGB, S4. IG Metall
Redaktionsleitung, Layout und Satz: Manfred Horn

Verantwortlich i.S.d.P.: Daniel Salewski, IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, fon 05231. 99 190, eMail detmold@igmetall.de

Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und Rückmeldungen. Vielleicht wissen Sie, weißt Du, von einem Thema, über das wir berichten sollten. Schreibe eine eMail mit dem Betreff ›nachdruck‹ an: detmold@igmetall.de oder einen Brief an unsere Redaktionsadresse: IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32 756 Detmold

IG Metall – Eine starke Gemeinschaft. Jetzt Mitglied werden!

Die Beitrittserklärung können Sie bei Ihrem Betriebsrat, bei den Vertrauensleuten der IG Metall und in der Geschäftsstelle der IG Metall in Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, abgeben.

Name | **Vorname** | **Geburtsdatum** (T T M M J J J J) | **Geschlecht** ☐ weiblich ☐ männlich ☐ divers ☐ keine Angabe | **Mobiltel.** ☐ dienstlich ☐ privat | **Telefon** ☐ dienstlich ☐ privat

Straße | **Hausnr.** | **Land** | **PLZ** | **Wohnort** | **E-Mail** ☐ dienstlich ☐ privat | **Staatsangehörigkeit**

Ich bin ☐ Vollzeit beschäftigt ☐ Teilzeit beschäftigt ☐ in Altersteilzeit Arbeitsphase ☐ in Altersteilzeit Freistellungsphase ☐ solo-selbstständig | Altersteilzeit von: bis:

Betrieb/Einsatzbetrieb | PLZ | Ort | Kostenstelle | Personal-/Stammnummer

☐ Leihbeschäftigte*r ☐ mit Werkvertrag ☐ befristet | von: | bis: | Verleihbetrieb:

Ich bin derzeit ☐ Auszubildende*r ☐ dual Studierende*r ☐ Student*in ☐ Schüler*in ☐ Ferienbeschäftigte*r | von: | bis: | wenn Student*in, Hochschule:

IBAN

Durchschnittliches Bruttomonatseinkommen, davon 1 % = **Mitgliedsbeitrag**

Der Beitrag beträgt 1 % des durchschnittlichen Bruttomonatseinkommens.
Der Beitrag für Mitglieder in (hoch-)schulischer oder universitärer Vollzeitweiterbildung beträgt 3 €.

Beitritt: Hiermit trete ich der IG Metall bei und erkenne die Satzung dieser Gewerkschaft an. Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben zu meiner Person und nehme den Datenschutzhinweis der IG Metall zur Kenntnis.

Datenschutz: Mitgliedsdaten werden nur im Sinne der Satzung verwendet. Meine personenbezogenen Daten werden von der IG Metall und ihren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Weitere Hinweise zum Datenschutz finde ich unter **www.igmetall.de/datenschutz**.

SEPA-Lastschriftmandat (wiederkehrende Lastschriften): Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71 ZZZ0 0000 0535 93, Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer01. Ich ermächtige die IG Metall, den satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

✗ Ort/Datum/Unterschrift

Stand: Dezember 2023